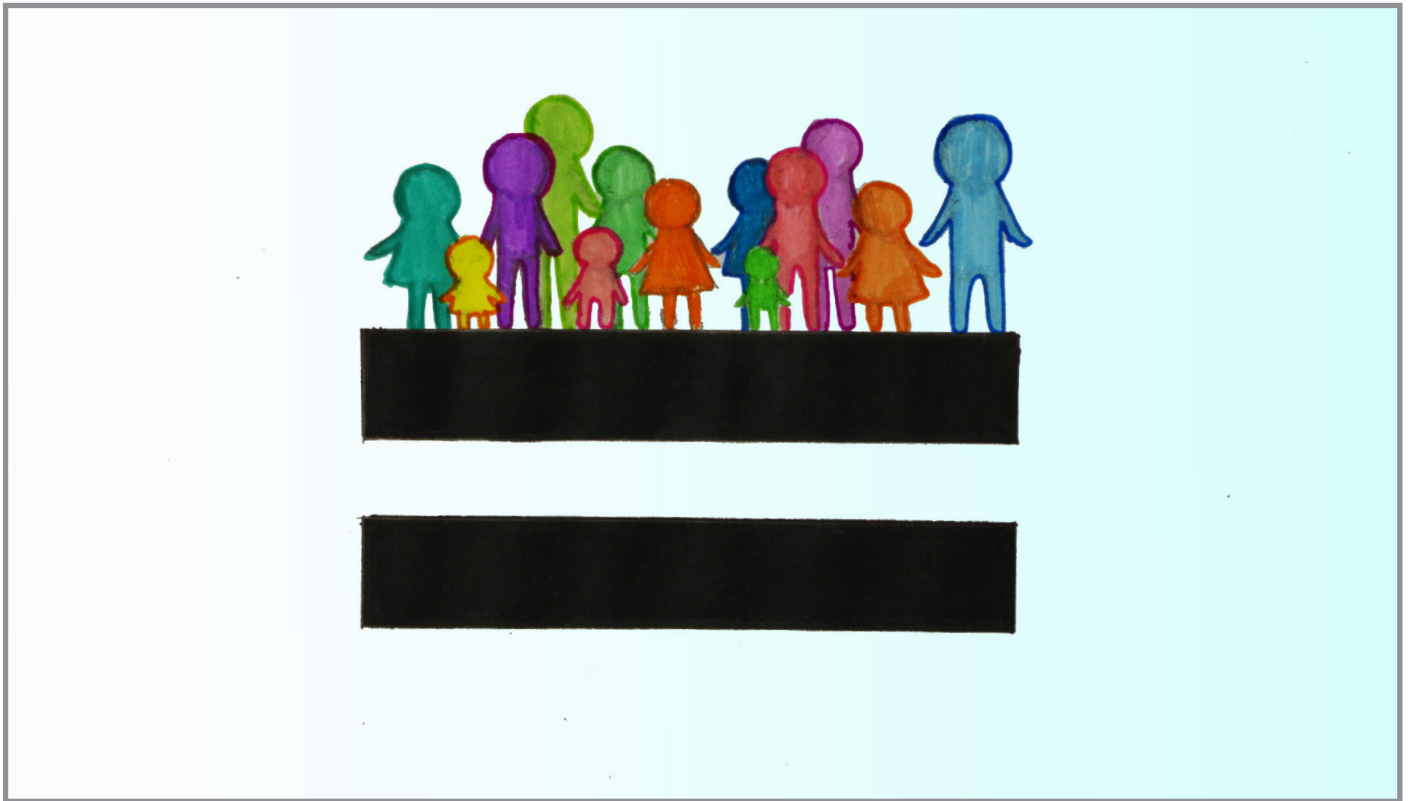


DEMOKRATIE DURCH(-)DENKEN



Gleichheit und Vielfalt!



Vielfalt bedeutet, dass alle Personen unterschiedlich sind und dass es mehr als eine Auswahl gibt. Was hat Vielfalt mit Gleichheit zu tun? Was für eine Rolle spielt das in unserer Demokratie?

In einer Demokratie sollen alle Menschen die gleichen Chancen und Freiheiten haben, um gut zu leben. In einer Demokratie ist es geregelt, gleichberechtigt zu sein.

Zum Beispiel zählt bei Wahlen jede Stimme gleich viel. Bürger:innen haben das gleiche Recht, öffentliche Ämter zu bekleiden. Alle Staatsbürger:innen sind vor dem Gesetz gleich. Kein Mensch ist mehr wert als andere. Wenn unsere Rechte verletzt werden, können wir sie einfordern, zum Beispiel durch eine Anklage.

Vielfalt ist in einer Demokratie wichtig, damit neue Ideen entstehen können. Sie sorgt für Weiterentwicklung. Bei einer Vielzahl von Meinungen ist es aber fast unmöglich, auf alle einzugehen. Man kann demokratische Mittel nutzen, um einen Kompromiss zu finden, zum Beispiel Wahlen und Diskussionen.



Es gibt Gesetze, die sowohl unsere Vielfalt als auch unsere Gleichheit schützen sollen. Leider werden diese nicht immer gelebt. Dafür sind wir mitverantwortlich. Wir können mehr Toleranz zeigen, Vorurteile überdenken und die Meinung anderer akzeptieren. Bei Meinungsverschiedenheiten ist es wichtig, mit anderen Personen darüber zu sprechen. Es ist auch von Bedeutung, sich für andere einzusetzen, die Hilfe brauchen, sie zu respektieren und zu akzeptieren, unabhängig von Religion, Herkunft oder Hautfarbe.

Vielfalt und Gleichheit brauchen einander in einer Demokratie. Wir folgen dem Prinzip, dass alle Menschen gleichwertig sind.

Lara, Nico, Anna



Keine Demokratie ohne Freiheit

Sehr geehrte Leser und Leserinnen! Wir haben nachgedacht, was Demokratie und Freiheit eigentlich für uns in der Gruppe bedeutet.



FREIHEIT



Der Staat gewährleistet uns Meinungsfreiheit, freie Berufswahl, Versammlungsfreiheit und viele andere Rechte und sorgt so für unsere Freiheit. Natürlich hat auch die Freiheit irgendwo ihre Grenzen. Wir haben diskutiert, was wir unter „Freiheit stirbt mit Sicherheit“ verstehen und sind auf verschiedene Meinungen gestoßen. Wenn wir uns Sicherheit erwarten, müssen wir manchmal auch etwas von unserer Freiheit opfern. Endlose Freiheit könnte problematisch werden, denn wir vermuten, dass es dadurch steigende Kriminalität geben würde, zum Beispiel Banküberfälle, Körperverletzungen, Diebstähle, Drogenhandel, Betrug usw.

Wir sehen es alle als selbstverständlich an, dass wir in Österreich unsere Meinungen äußern dürfen, leider war das nicht immer und überall so. Gerade Freiheit wurde in der Geschichte unterschiedlich interpretiert. Zum Beispiel in der Antike durften mit wenigen Ausnahmen nur männliche Bürger frei wählen. Sklavinnen und Sklaven durften im antiken Rom oder auch in den USA des 19. Jahrhunderts nicht wählen. Juden und Jüdinnen wurden in der Zeit des Dritten Reiches gänzlich die Freiheit und die Menschenrechte genommen.

Eine solche ungleiche und unfreie Ordnung der Gesellschaft war über Jahrhunderte selbstverständlich. Auch wenn wir jetzt im 21. Jahrhundert unsere Meinung

frei äußern dürfen, haben wir eine Verantwortung zu tragen. Bei Äußerung unserer Meinung sollten wir sachlich bleiben und nicht beleidigen.

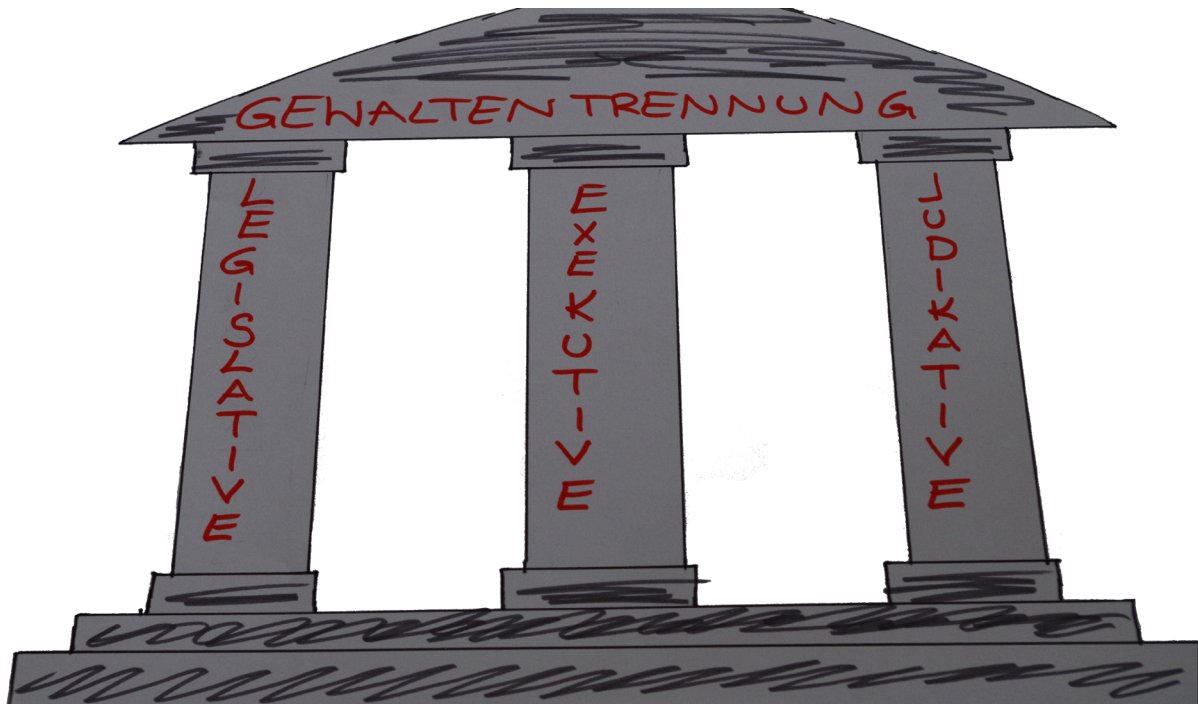
Für uns bedeutet Freiheit, dass wir unsere Meinung frei äußern dürfen wie zum Beispiel bei Wahlen, friedlichen Demonstrationen etc. Wir sind froh darüber, dass wir die Freiheit als selbstverständlich sehen dürfen.



Freiheit und Sicherheit müssen in einer demokratischen Gesellschaft abgewogen und ausverhandelt werden.



Die Demokratie und ihre Kontrolle



„Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“ (Artikel 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes) Unter Gewaltentrennung versteht man, dass man die Macht, wichtige politische Entscheidungen zu treffen, in einer Demokratie auf mehrere Bereiche aufteilt.

Die Gewaltentrennung gibt es, damit niemand zu viel Macht erlangt oder seine/ihre Macht ausnutzt. Es gibt 3 Bereiche, auf die die Macht aufgeteilt wird (siehe grauer Kasten auf der nächsten Seite). Ein Beispiel für

Gewaltentrennung ist, wie das Parlament die Regierung kontrolliert: Um die Regierung kontrollieren zu können, muss die Regierung regelmäßig über ihre Arbeit an das Parlament berichten. Die Parlamentarier:innen können Anfragen an die Regierung stellen, die von dieser beantwortet werden müssen.

Die Rolle der Medien

Die Medien spielen eine Rolle, da sie das Volk objektiv informieren, zur Kritik sowie Diskussion und zur Meinungsbildung anregen und damit Beteiligung ermöglichen sollen. Sie erfüllen gegenüber Staat und Gesellschaft eine wichtige Kritik- und Kontrollfunktion, sind in der Lage Hintergründe aufzuklären und Skandale aufzudecken. Sie kritisieren Machenschaften von Politiker:innen und Politikern. Deswegen nennt man sie auch die „vierte Gewalt“. Im Internet können alle aktiv werden und Inhalte veröffentlichen und sich somit auch politisch äußern.

Unsere Meinung zu dem allem beschreibt ein bekanntes Zitat sehr gut: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!“. Deswegen finden wir es gut, dass in jedem Bereich der Demokratie Kontrolle besteht.

Tanja, Michelle, Vanessa, Jennifer, Vera



Die 3 Gewalten

Legislative (Gesetzgebung)

Das Parlament besteht aus Nationalrat und Bundesrat. Der Nationalrat wird direkt von der Bevölkerung gewählt. Das Parlament beschließt Gesetze und kontrolliert die Exekutive.

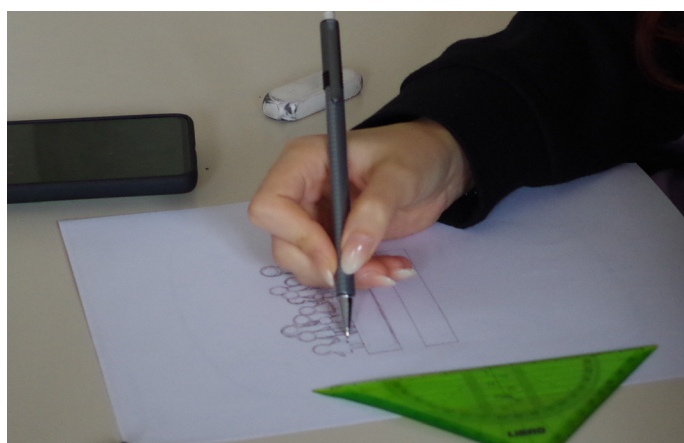
Exekutive/Verwaltung

Zur Regierung gehören, Kanzler:in, Vizekanzler:in und die Minister:innen. Sie sorgt gemeinsam mit der Verwaltung dafür, dass gesetzliche Regelungen ausgeführt und befolgt werden. Außerdem schlägt die Regierung die meisten neuen Gesetze vor.

Judikative

Die Gerichte entscheiden in Streitfällen und verurteilen jene, die Gesetze gebrochen haben.





Impressum:

Herausgeberin, Medieninhaberin,
Herstellerin: Parlamentsdirektion
Anschrift: Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017
Wien, Österreich



Parlament
Österreich

ONLINE Lehrlingsforum Demokratie
3Bue1 PMS Schrems

Die in dieser Zeitung wiedergegebenen Inhalte geben die
persönliche Meinung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des
Workshops wieder.

Bildrechte: © Parlamentsdirektion, soweit nicht anders vermerkt.